



Parteien und Gesellschaft im Ersten Weltkrieg

DAS BEISPIEL ÖSTERREICH-UNGARN

MARIA MESNER, ROBERT KRIECHBAUMER,
MICHAELA MAIER, HELMUT WOHNOUT (HG.)

böhlau

Herausgegeben im Auftrag der Plattform zeithistorischer politischer Archive:

Karl von Vogelsang-Institut zur Erforschung der Geschichte der christlichen
Demokratie in Österreich

Kreisky-Archiv

Verein für die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung

Forschungsinstitut für politisch-historische Studien der
Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek

Maria Mesner · Robert Kriechbaumer · Michaela Maier
Helmut Wohnout (Hg.)

PARTEIEN UND GESELLSCHAFT IM ERSTEN WELTKRIEG

Das Beispiel Österreich-Ungarn



2014

BÖHLAU VERLAG WIEN · KÖLN · WEIMAR

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlagabbildungen (vorne v.l. n. r.):

Abmarsch des Landwehr-Ulanenregimentes Nr. 6 am Bahnhof von Wels unter stürmischen Kundgebungen
der Bevölkerung, 1914 (Kreisky-Archiv)

Das Reichsratsgebäude am Wiener Ring als Militärrekonvaleszentenhaus, 1914 (Verein für Geschichte der
ArbeiterInnenbewegung)

Kriegsbegeisterung in Innsbruck, 1914 (Kreisky-Archiv)

Kriegsbegeisterung: Soldaten schwenken ihre Säbel, 1914 (Kreisky-Archiv)

Ausrufung der Republik in Wien, 1918 (Verein für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung)

© 2014 by Böhlau Verlag Ges.m.b.H & Co. KG, Wien Köln Weimar
Wiesingerstraße 1, A-1010 Wien, www.boehlau-verlag.com

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig.

Lektorat: Sabine Schweitzer

Übersetzungen aus dem Englischen: Maria Mesner

Redaktion: Remigio Gazzari

Umschlaggestaltung: Michael Haderer, Wien

Satz: Michael Rauscher, Wien

Druck und Bindung: FINIDR s.r.o., Český Tesín

Gedruckt auf chlor- und säurefrei gebleichtem Papier

Printed in the EU

ISBN 978-3-205-79620-6

Inhalt

Vorwort	7
Maureen Healy	
Ein Donnerstag vor dem Krieg. Der 28. Mai 1914	9
Johannes Schöner	
Die Geschichte einer Flucht nach vorne. Die Christlichsozialen im Spannungsfeld zwischen Kaisertreue und Pragmatismus	31
Lutz Musner	
Waren alle nur Schlafwandler? Die österreichische Sozialdemokratie und der Ausbruch des Ersten Weltkrieges	55
Gernot Stimmer	
Deutschnationale Parteien 1914 zwischen Irredenta und Mitteleuropakonzeption	71
András Gerő	
Die politische Elite Ungarns und der Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Politische Haltungen und kulturelle Motivationen	93
Maddalena Guiotto	
Die italienischen politischen Parteien Österreich-Ungarns und ihre Stellung zum Ersten Weltkrieg	107
Regina Wonisch	
Tschechische Parteien in Wien	129
Maria Mesner	
Am Anfang war die Niederlage. Die Friedensbewegten vor dem Ersten Weltkrieg	147

Michaela Sohn-Kronthaler	
Der katholische Episkopat und der Erste Weltkrieg	159
Erwin A. Schmidl	
Geteilte Loyalitäten? Zur Lage von Juden und Muslimen im Ersten Weltkrieg	181
Wolfgang Maderthaner	
Der moderne Massenkrieg	193
Lorenz Mikoletzky	
Wortmeldung	209
Manfried Rauchensteiner	
Gedankensplitter	211
Literaturverzeichnis	213
Abkürzungsverzeichnis	233
Personenverzeichnis	235
AutorInnen und HerausgeberInnen	239

Waren alle nur Schlafwandler?

Die österreichische Sozialdemokratie und der Ausbruch des Ersten Weltkrieges

Der Historiker Christopher Clark hat jüngst in seinem Buch über die Ursachen für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges die These aufgestellt, dass eine genauere Analyse der europäischen Politiker, Diplomaten und wirtschaftlichen Schlüsselakteure angesichts der multiplen Krisen und Kriege im Vorfeld von 1914 zeige, dass sich diese wie Schlafwandler verhalten hätten. »[T]he protagonists of 1914 were sleepwalkers, watchful but unseeing, haunted by dreams, yet blind to the reality of the horror they were about to bring into the world.«¹ Allerdings untersucht Clark weder die Rolle der Zweiten Sozialistischen Internationale noch jene der österreichischen Sozialdemokratie am Vorabend des Weltkrieges. Gilt seine These auch für die Partei Victor Adlers? Gilt auch für die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) die Vermutung, dass ihre Führungspersonlichkeiten sich wie Schlafwandler in den Waffengang begeben haben?

Es bedürfte eigentlich der Sprachmächtigkeit Robert Musils oder Otto Bauers, um jene vielfältigen und widersprüchlich ineinander greifenden (geo)politischen sowie rasanten ökonomischen Entwicklungen darzustellen, die die Jahre von 1890 bis 1914 mit sich brachten. Die neuen Formen industrieller Produktion und moderner Kommunikation hatten die Grundlagen für einen globalen Markt für Güter, Menschen, Informationen und Kapital geschaffen. Aber nicht nur die Güterproduktion und das Finanzkapital hatten gewaltige Werte akkumuliert, es entstand auch ein Millionenheer von ArbeiterInnen, ein europäisches und ein amerikanisches Proletariat, das um die Durchsetzung sozialer und politischer Rechte kämpfte und dabei stets von politischer Unterdrückung und militärisch-polizeilichen Repressionen bedroht war. Zwar gab es vereinzelt politische Konzessionen, wenn sich die Sozialdemokraten als besonders stark erwiesen, wie dies beispielsweise im Fall der Bismarckschen Sozialgesetzgebung im Deutschen Reich der Fall war. Doch diese weitgehende Schutzmaßnahme für ArbeiterInnen blieb eine Ausnahme. Höchstens die Facharbeiter in den spezialisierten Industriebetrieben West- und Mitteleuropas konnten einen bescheidenen Lebensstandard erreichen, aber in Summe war das Leben des Proletariats miserabel und stand stets unter dem Menetekel von Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Hunger und Krankheit. Auf den Grundlagen von Karl Marx und Friedrich Engels und deren

Theorien über die zyklischen Krisen des Kapitalismus und die Ausbeutung des Proletariats durch die herrschenden Eigentumsverhältnisse waren überall in den entwickelten europäischen Staaten und den industrialisierten Imperien Arbeiterbewegungen entstanden. Diese gründeten 1889 in Paris die Zweite Sozialistische Internationale, um gemeinsame Strategien zur Überwindung von Klassenherrschaft, dynastischen Machtstrukturen sowie des Militarismus und Imperialismus der Großmächte zu entwickeln. Um die Jahrhundertwende waren in England, Frankreich, Deutschland, Italien, Österreich-Ungarn und sogar im zaristischen Russland gut organisierte Arbeiterparteien etabliert, die parlamentarisch – soweit sie per Gesetz überhaupt als Parteien zugelassen waren – und außerparlamentarisch vehement für Arbeitsschutzgesetze, Sozialgesetze, Altersfürsorge und für Wahlrechtsreformen eintraten.

Nachdem die reichsdeutsche sozialdemokratische Partei 1875 als Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) gegründet worden war, folgte um die Jahreswende 1888/1889 im niederösterreichischen Hainfeld der Beschluss über das Gründungsprogramm der SDAP. Der Armenarzt und führende Kopf der sozialdemokratischen Bewegung, Dr. Victor Adler, hatte im Einvernehmen mit Karl Kautsky einen Entwurf ausgearbeitet, welcher nach eingehender Debatte mit nur drei Gegenstimmen angenommen wurde. Delegierte aus fast allen Kronländern Cisleithaniens waren bei der Beschlussfassung zugegen. In der »Prinzipien-Erklärung« hielt man fest, dass dem wissenschaftlichen Sozialismus die wesentliche Rolle im Klassenkampf und bei der Befreiung des Proletariats zukommen müsse: »Die sozialdemokratische Arbeiterpartei erstrebt für das gesamte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechts die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, die Beseitigung der politischen Rechtlosigkeit und die Erhebung aus der geistigen Verkümmerng. [...] Der Träger dieser Entwicklung kann nur das klassenbewußte und als politische Partei organisierte Proletariat sein. Das Proletariat politisch zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist daher das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich, zu dessen Durchführung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mitteln bedienen wird.«² In der Erklärung wurde aber nicht nur der internationalistische Charakter der Partei, die Rolle der Propaganda für die Verbreitung der sozialistischen Ideen, die aktive Teilnahme am Parlament und an verschiedenen Körperschaften als wesentliche Mittel der Politik sowie eine umfassende Bildungs- und Kulturarbeit und der Kampf für eine umfassende Sozialreform betont. In Punkt 6 wurde auch die Umwandlung des Heeres in ein Milizsystem gefordert: »Die Ursache der beständigen Kriegsgefahr ist das stehende Heer, dessen stets wachsende Last das Volk seinen Kulturaufgaben entfremdet. Es ist daher für den Ersatz des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung einzutreten.«³

Anlässlich der Internationalen Konferenz der Sozialisten in Brüssel am 12. Oktober 1908, die infolge der Annexionskrise von Bosnien-Herzegowina und der daraus erwachsenen Kriegsgefahr zwischen Österreich-Ungarn und Russland einberufen worden war, betonte Victor Adler im Namen der österreichischen Sozialdemokratie die entschiedene Ablehnung der Annexion und das Recht auf die Eigenständigkeit aller Balkanvölker: »Es ist schwer, eine Formel für all die vielen Völkerstämme am Balkan zu finden. Wir können nur jeder in seinem Staate dafür eintreten, daß die wirtschaftliche und nationale Entwicklung jener Völker vor sich geht, ohne daß der Frieden darunter leidet.«⁴ Und wenige Monate später bekräftigte Adler am 26. März 1909 im Namen der Partei seine Haltung in einer Friedenskundgebung im Abgeordnetenhaus, indem er energisch unterstrich, dass die Sozialdemokraten keinen Krieg wollten, denn »wir wollen Frieden, wir wollen weder einen großen Krieg, einen Weltkrieg, einen Krieg mit drei Fronten, wir wollen aber auch keinen kleinen Krieg [lebhafter Beifall und Händeklatschen], wir wollen aber auch keinen lokalisierten Krieg!«⁵ Und in Hinblick auf die drohende Haltung Russlands stellte Adler fest, dass die Sozialdemokraten sich in keinen Krieg gegen Russlands locken lassen würden, der zwar keinen Weltkrieg entfachen, Österreich-Ungarn aber sehr wohl große Verluste beibringen könne: »Wir wollen diesen Aderlaß nicht, weil das Blut, das dabei vergossen wird, das edelste Blut der Jugend ist, das Blut des Proletariats, des industriellen Proletariats, des landwirtschaftlichen Proletariats, des Bauern, des Bürgers, das Blut aller unserer Völker.«⁶ Victor Adler bekräftigte damit die Beschlüsse, die zuvor gefasst wurden.

Denn schon am Stuttgarter Kongress der Zweiten Sozialistischen Internationale im Jahr 1907 stand die Frage des Militarismus und der internationalen Konflikte als erster Punkt auf der Tagesordnung. Nach heftigen Debatten, vor allem zwischen der deutschen und französischen Delegation, hatte man sich einstimmig dazu bekannt, im Kriegsfall die arbeitenden Klassen und ihre parlamentarischen Vertreter in den betroffenen Ländern zu verpflichten, alles zu tun, um durch die ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel einen Kriegsausbruch zu verhindern, wobei sich die Mittel je nach Lage des Klassenkampfes und der politischen Lage ändern konnten.⁷ Dieser Beschluss war ein Kompromiss, denn die französische Delegation mit Jean Jaurès und Edouard Vaillant hatte auf eine wesentlich schärfere Resolution gedrängt und gefordert, einen Krieg mit allen Mitteln – von der parlamentarischen Intervention, öffentlichen Agitation bis hin zum Massenstreik und Aufstand – zu verhindern. Diese Formulierung wurde jedoch von August Bebel abgelehnt, da sie die deutsche Sozialdemokratie innenpolitisch in größte Gefahr hätte bringen könne. Der damit offen zutage getretene deutsch-französische Zwist sollte später weit reichende Folgen haben. Die abgeschwächte Resolution, die 1912 beim Kongress der Internationale in Basel abermals bekräftigt werden sollte, hinterließ bei manchen führenden europäischen Politikern und Diplomaten nämlich den Eindruck, dass die Sozialistische Internatio-

nale wohl mehr eine propagandistische, eine sich vor allem rhetorischer Mittel bedienende, als eine die Massen tatsächlich mobilisierende Institution sei.

Als einer von wenigen erkannte der herausragende Intellektuelle der österreichischen Sozialdemokratie, Otto Bauer, schon im Verlauf des Ersten Balkankrieges 1912, durch den das Osmanische Reich seiner europäischen Gebiete größtenteils verlustig ging, das immense Gefahrenpotential, das die Krisenregion in sich barg. In seiner umfassenden Analyse der politischen Umwälzungen in der Türkei, ihren inneren ethnischen Konflikten – etwa die Armenier-Frage –, ihren außenpolitischen Spannungen mit Russland und dem Britischen Empire an seinen Ostgrenzen und in Mesopotamien, erblickte Bauer die Gefahr weiterer gewaltsamer Auseinandersetzungen. Aber auch in den deutschen Wirtschaftsinteressen sowohl am Balkan wie auch im Vorderen Orient – etwa hinsichtlich der Bagdad-Bahn –, den französischen Investitionen in der Türkei und in Serbien sowie im britisch-russischen Konflikt über den Zugang der zaristischen Schwarzmeerflotte zum Mittelmeer sah er einen durch den Balkankrieg befeuerten, kontinentalen Imperialismus der europäischen Großmächte mit unkalkulierbaren Folgen. Otto Bauer schrieb, dass nur eine Verständigung Deutschlands, Frankreichs und Englands über eine Ausbalancierung der Interessenssphären den schwelenden Brandherd löschen könne: »Sind Deutschland, Frankreich und England einig, dann diktieren sie den Frieden. Sind sie es nicht, dann droht die Gefahr, daß der Zusammenbruch der Türkei nach kurzem Zwischenspiel zum Weltkrieg führt. Dann war der Balkankrieg nur das kleine Vorspiel furchtbarster Kriegsgreuel, dann naht der ganzen kapitalistischen Welt die gewaltigste Erschütterung.«⁸ Ebenso wurde in einem Aufruf der »Arbeiter-Zeitung« an das arbeitende Volk aller Nationen in Österreich vom 13. Oktober 1912 die Gefahr einer Eskalation benannt, denn – so das Organ der Sozialdemokratie – die Wirren im Südosten hätte die Kriegsgier in Europa wieder erweckt und die Staatsmänner der Großmächte würden mit dem Feuer spielen. Wenn es den Völkern nicht gelänge, diese zum Frieden zu zwingen, dann drohe allerhöchste Gefahr, dann könne der Balkankrieg in einem Krieg der Großmächte enden, der die Millionenheere Österreich-Ungarns, Deutschlands, Italiens, Russlands, Frankreichs und Englands in Bewegung setzen und »die europäische Zivilisation in einem Weltbrand vernichten würde.«⁹ Und weiter im Aufruf »Die Kriegshetzer – die Wiener Christlichsoziale Presse an ihrer Spitze – wollen uns einreden, Oesterreich müsse in den Sandschak einmarschieren, wenn Serbien dort Eroberungen machen wolle. [...] Und das kleine Serbien, das nicht mehr Einwohner zählt als die Stadt Wien allein, wird der stolzen Großmacht wohl auch dann keine Gefahr sein, wenn es um ein paar armselige Dörfer vergrößert wird! Der ganze Sandschak ist nicht die Knochen eines österreichischen Arbeiters wert.«¹⁰ Diesem klaren Manifest der deutschösterreichischen Parteiführung folgten am 10. November 1912 Massendemonstrationen in Wien, Graz, Innsbruck, Sankt Pölten und anderen Städten.¹¹

Die Zweite Sozialistische Internationale hatte sich bereits auf den Kongressen in Stuttgart 1907 und in Kopenhagen 1910 intensiv mit Fragen des Militarismus und der Aufrüstung beschäftigt. Auf beiden Zusammenkünften wurden jedoch auch die unterschiedlichen Auffassungen der französischen Sozialisten und der deutschen Sozialdemokraten offensichtlich. Während die Franzosen auf konkrete Maßnahmen drängten, um »dem Krieg den Krieg« zu erklären (Edmond Potonié-Pierre), wollten die Deutschen einen eher passiven Standpunkt durchsetzen. Nicht ein Generalstreik sei für den Kriegsfall vorzusehen, sondern die Verpflichtung, sich für eine rasche Beendigung eines eventuellen Krieges einzusetzen. Vor allem in Kopenhagen kam der grundsätzliche Unterschied der französischen und deutschen Sozialisten zum Ausdruck. Die Franzosen stellten den so genannten Keir Hardie-Vaillant-Antrag zur Diskussion, der folgend abgefasst war: »Unter allen Maßnahmen, die zur Vorbeugung und Verhütung des Krieges anzuwenden sind, betrachtet der Kongreß den allgemeinen Streik der Arbeiter als besonders zweckmäßig, insbesondere in den Industrien, die für den Krieg die Materialien liefern (Waffen, Munition, Transport und dergleichen), sowie die Agitation und das Eingreifen der Bevölkerung, und zwar mit den stärksten Mitteln«.¹² Diese Formulierung wurde von den deutschen Sozialisten entschieden abgelehnt und man konnte sich nur auf eine sehr allgemeine Forderung einigen, die von Karl Renner entworfen worden war und die Abgeordneten bloß dazu verpflichtete, die Rüstungspolitik und die Rüstungsausgaben ihrer Staaten zu bekämpfen. Auch der anlässlich des ersten Balkankrieges am 24. und 25. November 1912 organisierte Basler Kongress, der wesentlich von Victor Adler initiiert wurde, brachte keine grundsätzliche Änderung dieser Position. Jedoch drängte Adler mit seinen Genossen darauf, dass ein Passus aufgenommen wurde, der die Sozialdemokratien in der Habsburger Monarchie zum entschlossenen Kampf gegen die Bestrebungen Österreich-Ungarns, einen Krieg gegen Serbien zu führen, aufforderte. In der dort beschlossenen Resolution hieß es u. a.: »Die Internationale hat auf ihren Kongressen von Stuttgart und Kopenhagen für das Proletariat aller Länder als leitende Grundsätze für den Kampf gegen den Krieg festgestellt: Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Bureaus, alles aufzubieten, um den Ausbruch des Krieges durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel zu verhindern, die sich je nach Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern. Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, sind sie verpflichtet, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunützen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen. [...] Die Balkankrise, die bereits bis heute so schreckliche Greuel herbeigeführt hat,

würde, wenn sie weitergreift, die furchtbarste Gefahr für die Zivilisation und das Proletariat sein. Es wäre zugleich die größte Schandtat der Weltgeschichte durch den schreienden Gegensatz zwischen der Größe der Katastrophe und der Geringfügigkeit der ins Spiel kommenden Interessen.«¹³ Und an die Adresse der Sozialdemokratie im Habsburger Reich hieß es weiter: »Die Sozialdemokratischen Parteien Oesterreich-Ungarns, Kroatiens und Slawoniens, Bosniens und der Herzegowina haben die Pflicht, ihre wirkungsvolle Aktion gegen den Angriff der Donaumonarchie auf Serbien mit aller Kraft fortzusetzen. Es ist ihre Aufgabe, sich wie bisher fürderhin dem Plane zu widersetzen, Serbien mit Waffengewalt der Ergebnisse des Krieges zu berauben, es in eine Kolonie Oesterreichs zu verwandeln und um dynastischer Interessen willen die Völker Oesterreich-Ungarns selbst und mit ihnen alle Nationen Europas in die größten Gefahren zu verstricken.«¹⁴ Die Resolution schloss in Rückblick auf die Kriege zwischen Frankreich und Deutschland 1870/71 und zwischen Russland und Japan 1904/1905 mit der ausdrücklichen Warnung: »Es wäre Wahnwitz, wenn die Regierungen nicht begreifen würden, daß schon der bloße Gedanke der Ungeheuerlichkeit eines Weltkrieges die Entrüstung und Empörung der Arbeiterschaft hervorrufen muß.«¹⁵

Als historisches Resümee des Basler Kongresses muss aber entgegen der häufig vorgebrachten Kritik am Versagen der Internationale im Jahr 1914 festgestellt werden, dass sie trotz der abgeschwächten Resolutionen bei den Kongressen von 1907, 1910 und 1912 eine mächtige, europaweite Antikriegsbewegung befördert und dazu beigetragen hatte, die unterschiedlichen Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegung auf eine gemeinsame, organisatorische Basis zu stellen und auf eine länderübergreifende Friedenspolitik einzuschwören. Dies muss umso mehr gewürdigt werden, da nicht alle Parteien in ihren Ländern einen legalen Status hatten. Die SDAP und die Sozialistische Partei in Frankreich waren legal. Die SPD in Deutschland hingegen hatte keinen rechtlichen Status, obwohl sie im Reichstag vertreten war. Die Kongresse hatten nicht nur vor einem Weltkrieg, sondern auch vor einem dadurch ausgelösten Umsturz aller Verhältnisse, also vor einer umfassenden sozialen Revolution in Europa gewarnt. Die verzerrte Sichtweise auf die Internationale vor 1914 ist nicht nur den späteren Debatten innerhalb der Linken, also dem Konflikt zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten geschuldet, sondern auch einem Blickwinkel, der die Leistungen der Internationale vor allem posthum durch die Linse des Großen Krieges und seiner schwerwiegenden Folgen beurteilt. »The pre-World War I era often nostalgically and erroneously has been described as Belle Époque, a powerful image of a peaceful and prosperous Europe in contradiction to the turbulent 1920s and 1930s marked by economic turmoil and political radicalism. [...] Challenges to the bourgeois status quo are relegated to the margins or are misconstrued as they are judged through the prism of the Great War. International socialism's campaign for peace to avert a European bloodletting is a case in point in this general phenomenon.«¹⁶

Das Unheil nahm schließlich mit der Ermordung des Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinands und seiner Frau Sophie Chotek, Herzogin Hohenberg, am 28. Juni 1914 durch Gavrilo Princip seinen Anfang. Der österreichische Sozialdemokrat Julius Braunthal, der damals im nordböhmischen Warnsdorf politisch aktiv war, in einer Stadt, die von der Textilindustrie lebte, schilderte die damalige Stimmungslage seiner Parteigenossen angesichts des Attentats.¹⁷ Zwar habe die Nachricht wie ein Blitz aus heiterem Himmel eingeschlagen, aber großes Bedauern wäre nicht zu spüren gewesen. Zu sehr habe der Thronfolger das reaktionäre Element in der Innenpolitik und einen aggressiven Kriegswillen in der Außenpolitik verkörpert. Aber sollte man angesichts der Kriegspartei am Wiener Hof, insbesondere im österreichisch-ungarischen Generalstab, erleichtert sein? Würde dieser radikale Flügel den Fürstenmord zum Anlass für einen Krieg gegen Serbien nehmen und sollte sich wirklich der Schrecken des Krieges über die Doppelmonarchie entladen? »Es schien uns unvorstellbar, daß Millionen sterben sollten, um den Tod eines Mannes zu sühnen, der stets bereit war, Millionen in den Tod zu schicken. Sollten wirklich Millionen in Bewegung gesetzt werden, um sich gegenseitig hinzuschlachten? Eine absurde Vorstellung. Und doch fühlten wir dunkel, daß es so kommen würde.«¹⁸ Die Verachtung, die der amtierende k.u.k. Ministerpräsident Karl Graf Stürgkh nicht nur der Sozialdemokratie im speziellen, sondern dem Parlamentarismus insgesamt entgegen brachte, veranlasste ihn schon im Vorfeld von Sarajewo, nämlich am 16. März 1914, den berüchtigten § 14¹⁹ auf unbestimmte Zeit in Kraft zu setzen. Damit wurde jegliche parlamentarische Befassung der Frage, inwieweit Serbien als Staat und seine Regierung in das Attentat verwickelt sein könnten, verunmöglicht. Und schon am 7. Juli war man im »Ministerrat für gemeinsame Angelegenheiten«, allen voran der Minister des Äußeren, Graf Leopold Berchtold, davon überzeugt, dass – selbst im Falle einer nahe liegenden Kriegserklärung des Zarenreichs – eine schnelle Abrechnung mit Serbien unbedingt notwendig sei. Ein Krieg sei nicht zuletzt auch deswegen notwendig, weil ein untätiges Gewähren-lassen von Rumänien und den Südslawen als weitere Schwäche der Monarchie auslegt werden würde. Zudem habe er sich, erklärte Graf Berchtold, für den Fall kriegserischer Komplikationen der vollen Unterstützung Deutschlands versichert. Nur der Einspruch des ungarischen Ministerpräsidenten Graf István Tisza verzögerte die Sanktion des Beschlusses durch den Kaiser.²⁰

In den sozialistischen Parteien weltweit dachte niemand ernstlich daran, dass der Bündnispartner Deutschland wegen Österreichs Lokalkonflikt mit Serbien einen Krieg gegen Russland und damit auch gegen Frankreich und England, riskieren würde. Man hielt das Attentat eher für eine weitere Episode in der langen Reihe blutig-bizarrer Vorfälle auf dem Balkan. In Österreich hingegen schätzten viele Sozialisten die Lage pessimistischer ein. Der anhaltende Nationalitätenkonflikt, der das morsche Gefüge der Monarchie von innen heraus bedrohte und der nur oberflächlich kalmierte

Balkan ließen, so Braunthal, das Gefühl aufkommen, dass sich die schlummernden Spannungen »in einer katastrophalen Explosion lösen« könnten.²¹ Allzu frisch waren für die Sozialdemokratie noch die Erinnerungen an die Gefahren, die im Zuge der Annexionskrise 1908/1909 und der Balkankriege 1912/1913 am Horizont aufgezogen waren und allzu offensichtlich war, dass Russland einen Krieg Österreich-Ungarns gegen Serbien nicht tatenlos hinnehmen würde. So lagen die »Arbeiter-Zeitung« und ihr Chefredakteur, Friedrich Austerlitz, richtig in ihrer pessimistischen Einschätzung, dass die politische Lage geradewegs zur Eskalation hin drängen würde. »Was will es werden? Wie eine drohende Wolke lastet die Kriegsgefahr über Oesterreich und die dumpfe beklemmende Unsicherheit will nicht weichen, verstärkt sich von Stunde zu Stunde. Die Gefahr liegt auch diesmal in den dunklen Unterströmungen, die sich an die amtliche Politik herandrängen und sie zum Werkzeug ihrer zweideutigen Pläne zu machen versucht; sie kommt von der immer verwegener auftretenden Kriegspartei, die den Bluttag in der bosnischen Hauptstadt zu dem so lange herbei gewünschten Kriege ausnützen will [...] Die besondere Gefahr des Augenblicks, die über Krieg und Frieden entscheiden kann, liegt darin, daß die Völker durch die Sistierung der Verfassung des Ausdrucks ihres Willens beraubt, schweigen müssen, während die verantwortungslose Kriegspartei alle Minen springen läßt, um den Entschluß der entscheidenden Faktoren zu beeinflussen und ihn sich untertänig zu machen. Immer gellender wird das Kriegsgeschrei, immer klarer tritt die Absicht hervor, die den Krieg um jeden Preis verlangt, die den Krieg unter allen Umständen will, die den Krieg um seiner selbst willen begehrt, die nach dem Blutvergießen gierig lechzt.«²²

Am 28. Juli 1914 trat nun tatsächlich ein, was sich keiner so recht hatte vorstellen wollen: Österreich-Ungarn erklärte sich im Kriegszustand mit Serbien und Kaiser Franz Joseph vertraute in seinem Manifest darauf, dass seine Völker für die Ehre, die Größe und die Macht des Vaterlandes zu schwersten Opfern bereit sein werden. Die Parteivertretung der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei richtete insbesondere an ihre Vertrauensmänner den Appell: »Arbeiter und Arbeiterinnen! Lasst euch nicht entmutigen! Bleibt treu eurer Sache, treu der Sache des arbeitenden Volkes! Dann werden wir nach dem Krieg stark genug sein dafür zu sorgen, daß das neue Oesterreich, das aus den weltgeschichtlichen Ereignissen erwachsen soll, werde was es sein soll: eine Heimstätte freier Völker, ein fruchtbarer Boden für die befreiende Arbeit des Proletariats.«²³ Trotz dieses Aufrufes zur Besinnung in der »Arbeiter-Zeitung« kam es vor allem in den größeren Städten der Monarchie zu einer wahrhaften Kriegseuphorie. Stefan Zweig, gerade von einer Reise aus Belgien zurückgekehrt, erlebte die Fahrt durch Österreich als einen Taumel fröhlicher Mobilmachung, Fahnen wehten, Züge füllten sich mit Soldaten und »in Wien fand ich die ganze Stadt in einem Taumel. [...] Aufzüge formten sich in den Straßen, plötzlich loderten überall Fahnen, Bänder und Musik, die jungen Rekruten marschierten im Triumph dahin, und ihre

Gesichter waren hell, weil man ihnen zujubelte, ihnen den kleinen Menschen des Alltags, die sonst niemand beachtet und feiert. Um der Wahrheit die Ehre zu geben, muß ich bekennen, daß in diesem ersten Aufbruch der Massen etwas Großartiges, Hinreißendes und sogar Verführerisches lag, dem man sich schwer entziehen konnte.«²⁴ Doch entgegen den Schilderungen in seiner Autobiographie, wo er seine sofort einsetzende »Immunisierung« gegen die Kriegseuphorie betonte, meldete er sich sogar freiwillig für den Kriegsdienst – so wie viele andere österreichische Intellektuelle auch. Auch brach er jeglichen Kontakt mit den Freunden im Ausland ab, die für ihn zuvor wichtige Diskussionspartner nicht nur in Fragen der Künste, sondern auch des Antimilitarismus gewesen waren. Zweig hatte nur das Glück, für untauglich befunden und zum Dienst ins Kriegsarchiv abgeordnet zu werden. Dort war er ein Mitverfasser von Schriften, die den Krieg nicht nur rechtfertigten, sondern in schwülstigen Heldennarrativen rühmten. Erst eine Dienstreise an die Nordostfront im Jahr 1915 ließ ihn das Grauen des Krieges und die Leiden der Zivilbevölkerung in einer Weise verstehen, sodass er sich langsam von der k.u.k. Kriegspropaganda distanzierte.

Der Berufsrevolutionär Leo Trotzki erlebte den Kriegsbeginn ebenfalls in Wien, stand dem Waffengang und den patriotischen Kundgebungen der Massen aber deutlich kritischer und pragmatischer gegenüber. Der Krieg, so Trotzki, erfasse unterschiedslos alle, die Unterdrückten ebenso wie die Reichen und Mächtigen.²⁵ Darin sah er allerdings kein Paradoxon, denn diese Begeisterung erinnerte ihn an die Sankt Petersburger Oktobertage von 1905, als die Folgen des Russisch-Japanischen Krieges den revolutionären Geist der Massen hervorgerufen hatten. Und ähnliches sei wohl jetzt zu beobachten, schrieb er im September 1914: »Mobilisierung und Kriegserklärung haben alle nationalen und sozialen Gegensätze im Lande gleichsam ausgewischt. Aber das ist nur eine historische Vertagung, sozusagen ein politisches Moratorium. Die Wechsel sind auf eine neue Frist umgeschrieben, aber man wird sie einlösen müssen.«²⁶ Mit diesen Zeilen, die natürlich der Zensur unterlagen, habe er gleichermaßen Österreich-Ungarn, vor allem aber Russland gemeint. Der so genannte »Enthusiasmus der Massen von 1914« ist jedoch als historischer Topos deutlich zu relativieren. Sowohl in Deutschland als auch in Frankreich protestierten in den letzten Juli-Tagen Hunderttausende ArbeiterInnen gegen die dräuende Kriegsgefahr, und dies war nicht nur das Ergebnis der Agitation der nationalen Arbeiterbewegungen und der Gewerkschaften, sondern ebenso der konsequenten Friedenspolitik der Zweiten Internationale in den letzten Jahren vor dem großen Krieg zu verdanken. Auch in Wien und anderen Städten der Monarchie gab es neben den durch die Propaganda angeheizten anti-serbischen Kundgebungen nicht nur stillschweigende Vorbehalte gegen den Krieg, sondern auch eine in der Öffentlichkeit sichtbare Ablehnung des Krieges – die freilich nicht als Demonstrationsritual, sondern als stummer, aber wahrnehmbarer Protest vor allem durch Frauen, Verwandte und Freunde der einberufenen Soldaten

offenkundig wurde.²⁷ Man muss also zwischen der Wahrnehmung der Intellektuellen und jenen kaum sichtbaren und decodierbaren Widerstandsformen der ländlichen Bevölkerung und der proletarischen Schichten unterscheiden. Bauern wie ArbeiterInnen wussten aus ihren, über lange Zeit tradierten Gedächtniskulturen sehr wohl, dass Kriege jeglicher Art für den so genannten kleinen Mann, die kleine Frau, die Kinder und die Familien zumeist ein Verhängnis waren und sind und bloß große Not und große Opfer nach sich zogen.

Aber nicht nur in Deutsch-Österreich und im Deutschen Reich unterstützten die sozialdemokratischen Parteien anfangs den Krieg ihrer Regierungen. Alle Sozialisten, mit Ausnahme der Linksparteien in Russland und Serbien, stimmten für die Bewilligung von Kriegskrediten. Die SDAP konnte keine Zustimmung zu Kriegsanleihen geben, da ja der Reichsrat seit März auf unbestimmte Zeit vertagt worden war, was ihre moralische Mitverantwortung am Krieg schmälerte. Aber durch ihre Zustimmung zu den Kriegsanleihen, dem »Burgfrieden« in Deutschland und der »Union Sacrée« in Frankreich, beraubten sich die größten sozialistischen Parteien Westeuropas ihrer politischen Instrumente, der rasch einsetzenden Radikalisierung eines industrialisierten Kriegsgeschehens wirksam entgegen zu treten. Dies bedeutete jedoch nicht, dass all ihre Führer und all ihre Mitglieder vom Furor des Krieges erfasst worden wären: »[I]t must be highlighted here that these actions [Kriegskredite, Anm. d. Verf.] were not hypocritical to the International, nor were socialists overwhelmed by a wave of nationalism engulfing their rank-and-file members. [...] Close to one million antiwar activists took the streets in the waning days of July in France and Germany alone, and the vast majority of workers met the fate of war with resignation, not jubilation.«²⁸ Allerdings gelang es den Eliten der kriegsführenden Staaten sehr bald, den allgemeinen Diskurs über den Krieg so zu beeinflussen, sodass sich militärische Operationen als reine »Verteidigungskriege« darstellen ließen. Frankreich und England verteidigten sich so gegen den Aggressor Deutschland, der, die Neutralität Belgiens missachtend und Kriegsverbrechen begehend, auf französische Erde vorgezogen war. Deutschland und Österreich-Ungarn wiederum präsentierten sich als Defensivbündnis gegen die Übermacht der Triple Entente zu Land und zur See und propagierten einen Überlebenskampf gegen das im Osten vorrückende Millionenheer des Zaren. Letztere Position entsprach durchaus auch der Haltung von Victor Adler, der schon auf dem internationalen Kongress im Jahr 1893 in der Militarismusfrage seine Gegnerschaft zum Zarismus damit begründet hatte, dass man »ihm nicht das halbe sozialistische Europa ausliefern« wolle.²⁹

In einer Diskussion der Wiener Vertrauensmänner am 8. August 1914 erinnerte Victor Adler an den Verlauf der Sitzung des Internationalen Büros der Zweiten Internationale (I.S.B.) in Brüssel am 29. und 30. Juli, wo man noch hoffte, auf Deutschland und auf Frankreich Druck ausüben zu können, um einen Krieg hintanzuhalten.³⁰

Mit der Ermordung des führenden französischen Sozialisten Jean Jaurès am 31. Juli 1914 schwand aber für Victor Adler die letzte Hoffnung, dass sich Frankreich aus dem Krieg heraushalten würde. Auf der genannten Diskussion sprach er über den furchtbaren Konflikt, der den deutschen und österreichischen Proletariern auferlegt sei, denn man könne den Millionen Proletariern im Feld jene Mittel nicht verweigern, um sich selbst zu wehren und zu verhindern, dass der Krieg auf eigenem Boden geführt werde. Ein absolutistisch regiertes Österreich sei schon schlimm genug, aber gegen ein despotisches Russland wolle man es nicht eintauschen. Der Krieg gegen Russland müsse deshalb geführt werden, weil die Sozialdemokraten einen Sieg über Österreich-Ungarn als große Gefahr für die wirtschaftliche und kulturelle Existenz empfänden. Man müsse zwar den Krieg verfluchen und vor allem jene, die ihnen verursacht haben, aber da er nun einmal da sei, müsse man ihn durchfechten. Man müsse nicht zuletzt deshalb durchhalten, weil es bei diesem Krieg nicht nur um Österreich gehe, sondern um das Schicksal des gesamten deutschen Volkes. Seine schlimmsten Verwüstungen seien jedoch jene in den Gehirnen der Menschen: »Was wir, was bedeutende, denkende, gute Menschen in Jahrzehnten angehäuft an gegenseitigem Verständnis, Gefühlen der Solidarität, an Einheitsgefühl der Menschheit, alles das wird besudelt, vernichtet. Abgründe werden aufgerissen, die längst schon zugedeckt waren und die bedeutendsten Menschen sind von einer Art Krankheit ergriffen und beteiligen sich daran. [...] Dieser pathologische Drang, dieser Zustand der Gehirne ist das Schlimmste.«³¹ Schon in diesem Vortrag sprach er, den Überlegungen Karl Kautskys folgend, das Problem an, vor dem die Zweite Internationale im Krieg stehen sollte. Denn was ist die Internationale? Sie sei, so Adler, eine Sammelbewegung aller im Klassenkampf stehenden proletarischen Bewegungen in den einzelnen Ländern. Und was passiert im Kriegsfall? »Nicht die Klassengegensätze treten zurück – die sind da, werden vielleicht durch den Krieg verschärft, aber während des Krieges kann sich dieser Gegensatz nicht in den Kämpfen auf breiter Basis äußern; darum steht er auch nicht im Vordergrund unseres Bewusstseins. Der Klassenkampf, der in Friedenszeiten das tägliche Brot ist, ist jetzt naturgemäß ausgeschaltet.«³² Noch hoffte Adler, dass die Internationale nach dem Krieg wieder in alter Kraft wiedererstehen würde, so wie er auch hoffte, dass nach einer Zeit härtester Prüfung die österreichische Sozialdemokratie nicht schwächer, sondern stärker dastehen würde. Julius Braunthal, der im August als Angehöriger einer Haubitzen-Batterie an die Nordostfront abkommandiert wurde und nach einer Scharlachinfektion in den Karpaten ins Lazarett nach Budapest und von dort zwecks Genesung in die Heimatgarnison Wien verlegt wurde, erinnerte sich an eine denkwürdige Begegnung mit Victor Adler gegen Ende 1914. Bei einem Besuch der Redaktion der »Arbeiter-Zeitung« begegnete er dem Parteiführer und fragte ihn, warum die deutschen und österreichischen Sozialdemokraten plötzlich vom Antimilitarismus und Pazifismus auf die Seite der Armeeführungen und damit

der Reaktion umgeschwenkt seien. Adler ging darauf gar nicht ein, sondern fragte Braunthal, was denn seine Arbeit am 30,5 cm Skoda-Mörser genau sei. Braunthal war darüber mehr als erstaunt und nachdem er mit seinen militärischen Auskünften am Ende war, antwortete ihm Adler recht lapidar: »Sie scheinen ihren Dienst recht gut zu verstehen. [...] Na dann tun Sie nur weiter ihre Arbeit an der Front und lassen Sie mich die meine zu Hause tun.«³³

Haben sich also gemäß der anfangs gestellten Frage die Führungspersönlichkeiten der österreichischen Sozialdemokratie, allen voran Victor Adler, wie Schlafwandler in den Waffengang begeben? Kann man seiner Partei jenen politischen »Somnambulismus« vorwerfen, der in den liberalen Demokratien des Westens und in den drei Imperien Mittel- und Osteuropas vor 1914 vorgeherrscht haben soll? Nein, Victor Adler und seine führenden Parteigenossen, wie Otto Bauer, waren gewiss keine umher irrenden Schlafwandler, denn sie hatten seit 1908 immer wieder die Gefahr eines Krieges, ja sogar eines Weltkrieges, aufgezeigt. Sie hatten, in der Tradition Friedrich Engels, auf nationaler und internationaler Ebene immer vehement gegen die Aufrüstung der Land- und Seestreitkräfte Stellung bezogen. Aber als der Krieg ausgebrochen war, kippte die Stimmung in der Partei. Resignation und die Sorge um die Erhaltung der Parteiorgane und der Parteizeitungen dominierten. Es rächte sich, dass man 1912 so leichtfertig dem Kriegsleistungsgesetz zugestimmt und damit dem Proletariat die Fesseln der Militärgerichtsbarkeit umgelegt hatte. Die SDAP hatte ihre Möglichkeiten für einen aktiven Widerstand gegen den Krieg verspielt und war durch das Ausnahmegesetz und die Notverordnungen vom 25. Juli³⁴ in ihrer Medienberichterstattung zensuriert, in ihrer Agitation weitgehend aus dem öffentlichen Leben verbannt und somit politisch gelähmt.

In einem indirekten Sinne kann man die Partei Victor Adlers im Juli 1914 aber sehr wohl als politisch somnambul bezeichnen. Denn sie hatte allzu große Hoffnungen in den internationalen Zusammenhalt der größten sozialistischen Parteien Europas gesetzt und mit deren Unterstützung von außen für das gerechnet, was man selbst innenpolitisch unter dem Diktat des § 14 und des Ausnahmegesetzes nicht durchsetzen konnte. Diese Hoffnungen schienen auf einen ersten Blick durchaus berechtigt, denn bis 1914 hatte die Zweite Internationale einen deutlichen Aufschwung erfahren. In diesem Jahr zählten die sozialistischen Parteien weltweit rund 4,2 Millionen Mitglieder, also doppelt so viele wie zur Zeit des Kopenhagener Kongresses 1910. Die Wahlerfolge der deutschen und französischen Sozialisten 1913 und 1914 verhiessen Optimismus ebenso der Umstand, dass am Vorabend des Weltkrieges weltweit rund 700 sozialistische Abgeordnete in den Parlamenten vertreten waren.³⁵ Auf Grund dieser Umstände konnte Karl Kautsky behaupten, dass »das Gefüge unserer internationalen Organisation [...] nie so eng und solid wie jetzt« sei.³⁶ Man glaubte, dass der Kapitalismus nicht nur wirtschaftlich geschwächt sei, sondern auch das Gespenst

einer drohenden Revolution die Kriegslüste der Großmächte einzudämmen vermöge. Auch waren die großen Krisen in Nordafrika und am Balkan beigelegt worden und kein weiterer ernsthafter Konflikt war am Horizont sichtbar. Zuversichtlich begann man im Dezember 1913 mit den Vorbereitungen des nächsten Kongresses der Internationale, der Ende August 1914 in Wien stattfinden sollte.

So gingen die führenden Sozialisten Europas am 30. Juli in Brüssel auseinander, ohne ernsthaft die Gefahr eines europäischen Krieges in Erwägung zu ziehen. Keine der Delegationen der großen Länder – mit Ausnahme Russlands – glaubte, dass ihre Regierungen einen Krieg ernsthaft wollten. Man war davon überzeugt, dass die Entente nur genügend Druck auf Russland ausüben müsse, um dessen Bellizismus zu bremsen. Auch glaubte niemand an ein geheimes Zusammenspiel zwischen der deutschen Regierung und dem Wiener Ballhausplatz, und schon gar niemand glaubte, dass Österreich eine »Carte blanche« für einen Krieg bekommen hatte, der absehbar Russland und Frankreich mit einbeziehen würde. Aber kaum waren die Delegierten in ihre Länder zurückgekehrt, überschlugen sich die Ereignisse: am 31. Juli wurde Jaurès ermordet, am 1. August erließen Deutschland und Frankreich die Befehle zur allgemeinen Mobilmachung. Die russische Teilmobilisierung war bereits am 29. Juli anbefohlen worden, so wie dies als Gerücht in der Brüsseler Sitzung die Runde gemacht hatte. Was die meisten Beteiligten nicht ernsthaft in Erwägung gezogen hatten, war die ungeheure Geschwindigkeit der Ereignisse und der Umstand, dass der Kriegsausbruch ihrem mittlerweile nach Paris verlegten Kongress so schnell zuvor kommen konnte. In einem letzten Rundschreiben unterrichtete das I.S.B. die jeweiligen sozialistischen Parteien, dass der Pariser Kongress auf unbestimmte Zeit verschoben werden müsse. Waren die Debatten der Internationale Ende Juli 1914 Ausdruck von Optimismus oder Blindheit? »Beides spielte eine Rolle. In Wirklichkeit ist eine derartige Prognose aus der Denkweise einer Generation von Sozialisten zu erklären, deren Pazifismus nur der Ausdruck eines Humanismus war. Trotz der Prophezeiung, daß der Menschheit eine Katastrophe drohe, glaubten sie nicht an die tatsächliche Möglichkeit eines europäischen Krieges oder konnten vielmehr nicht glauben, daß, wie es Jaurès ausdrückte, die menschlichen Menschen aller Länder sich in eine Katastrophe hineinreißen und Männer, die sich der Verantwortung der Regierungen ihrer Länder bewußt waren, sich an den Rand des Abgrunds drängen lassen würden.«³⁷ Trotz der zeitlichen Fehleinschätzung der eminenten Kriegsgefahr durch das I.S.B. stellt sich jedoch im nach hinein die Bilanz weit besser dar als oft dargelegt wird. Die Zweite Sozialistische Internationale war nicht nur eine erfolgreiche Antikriegsbewegung, vor allem während der Balkankriege, sondern hatte immer wieder sehr deutlich die immensen menschlichen und materiellen Kosten eines möglichen Weltkrieges aufgezeigt. Und nicht zuletzt stellen ihre politischen Leistungen vor 1914 jenes Narrativ infrage, wonach die Belle Époque gleichsam blind in die Katastrophe gestolpert wäre

und die Diplomaten, die Regierungsverantwortlichen und große Teile der Bourgeoisie keinerlei Wissen und Vorstellung davon gehabt hätten, welche schrecklichen Folgen ein Weltkrieg zeitigen würde.

Und so verlief die Juli-Krise in einer zutiefst Musilschen Ironie als ein »Gefilz« von Zuversicht und Verzagtheit, politischen Kalkülen und Fehleinschätzungen, euphorischer Friedensillusion und tiefem Pessimismus. Dieses Gefilz bestimmte die hohe Politik ebenso wie die Sozialistische Internationale. Victor Adlers innigste, wenn auch über die Jahre geringer werdende Hoffnung, einen Krieg vermeiden zu können, war endgültig an der »Realpolitik« der Monarchie und der Großmächte gescheitert. Ihm und seiner Partei waren zwei wesentliche Instrumente aus der Hand geschlagen worden: erstens der Reichsrat als Plattform für Debatten über Krieg oder Frieden, und falls unumgänglich, als Bühne für die Kritik an der Form der Kriegsführung und am rechtlosen Dasein der ArbeiterInnen in den kriegswichtigen Wirtschaftsbereichen, und zweitens die Zweite Sozialistische Internationale als kontinentale Brücke für die Organisation von nationalen Massenprotesten gegen das industrielle Hinschlachten des Proletariats an den Fronten.

Anmerkungen

- 1 Christopher Clark, *The Sleepwalkers. How Europe went to War in 1914*, London 2012, 562.
- 2 Prinzipien-Erklärung der sozialdemokratischen Partei Österreichs, beschlossen am Parteitage zu Hainfeld [N.-Oe.] am 30. Dezember 1888, in: *Gleichheit. Sozial-demokratisches Wochenblatt*, 5.1.1889, 3.
- 3 Ebd.
- 4 Victor Adler, Die Annexionskrise. Das Verbrechen der Annexion, in: Victor Adler, *Der Parteimann. Reden und Aufsätze*, Heft 9, Wien 1929, 21–23, 22.
- 5 Victor Adler, Friedenskundgebung im Abgeordnetenhaus. Der Friedensantrag vom 26. März 1909, in: Adler, *Der Parteimann*, 23–29, 24–25.
- 6 Ebd., 25.
- 7 Vgl. dazu und zum Folgenden: Julius Braunthal, *Geschichte der Internationale*, Bd. 1, Hannover 1961, 341–344.
- 8 Otto Bauer, Der Balkankrieg und die deutsche Weltpolitik, in: Otto Bauer, *Werkausgabe*, Bd. 1, Wien 1975, 831–885, 884.
- 9 *Arbeiter-Zeitung*, 13.10.1912, 1.
- 10 Ebd.
- 11 *Arbeiter-Zeitung*, 11.11.1912, 1–3.
- 12 Protokoll des Internationalen Sozialisten-Kongresses in Kopenhagen vom 28. August bis 3. September 1910, zit. nach George Haupt, *Der Kongreß findet nicht statt. Die Sozialistische Internationale 1914*, Wien 1967, 30.
- 13 Resolution der Zweiten Sozialistischen Internationale vom 24./25.11.1912 in Basel, abgedruckt in: *Manifest der Internationale*, in: *Arbeiter-Zeitung*, 26.11.1912, 1–2.
- 14 Ebd.

- 15 Ebd.
- 16 Kevin J. Callahan, The International Socialist Peace Movement on the Eve of World War I revisited. The Campaign of »War against War!« and the Basle International Socialist Congress in 1912, in: *Peace & Change* 29 (2004) 2, 147–176, 148.
- 17 Julius Braunthal, Auf der Suche nach dem Millennium, Bd. 1, Nürnberg 1948.
- 18 Ebd., 233–234.
- 19 Der wesentliche Gesetzespassus lautete: »Wenn sich die dringliche Notwendigkeit solcher Anordnungen, zu welchen verfassungsmäßig die Zustimmung des Reichsrats erforderlich ist, zu einer Zeit herausstellt, wo dieser nicht versammelt ist, so können dieselben unter Verantwortung des Gesamtministeriums durch kaiserliche Verordnung erlassen werden, insofern solche keine Abänderung des Staatsgrundgesetzes bezwecken, keine dauernde Belastung des Staatsschatzes und keine Veränderung von Staatsgut betreffen.« R.G.Bl. 141, 21.12.1867.
- 20 Protokoll des Ministerrats vom 7.7.1914, zit. nach Ludwig Brügel, Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie, Bd. 5, Wien 1925, 154–161. Das Protokoll wurde 1919 auf Weisung von Staatssekretär Otto Bauer veröffentlicht.
- 21 Braunthal, Millennium, Bd. 1, 235.
- 22 *Arbeiter-Zeitung*, 22.7.1914, 1.
- 23 *Arbeiter-Zeitung*, 28.7.1914, 1.
- 24 Stefan Zweig, Die Welt von Gestern. Erinnerungen eines Europäers, Frankfurt am Main 1970, 255–256.
- 25 Leo Trotzki, Mein Leben. Versuch einer Autobiographie, Berlin 1930, 224.
- 26 Ebd.
- 27 Braunthal, Millennium, Bd. 1, 262.
- 28 Callahan, The International Socialist Peace Movement, 170.
- 29 Victor Adler, Militarismus und Krieg. Stellung der Sozialdemokratie im Kriegsfall, in: Adler, Der Parteimann, Heft 9, 9–11, 10.
- 30 Victor Adler, Der Weltkrieg. Um den 4. August, in: Adler, Der Parteimann, Heft 9, 104–121.
- 31 Ebd., 108–109.
- 32 Ebd., 130.
- 33 Braunthal, Millennium, Bd. 1, 302.
- 34 *Wiener Zeitung*, 26.7.1914, 1–9.
- 35 Haupt, Der Kongreß, 105–106.
- 36 Karl Kautsky, Die alte und die neue Internationale, in: X. Internationaler Sozialistenkongreß, Festschrift, Wien 1914, 4.
- 37 Haupt, Der Kongreß, 164. Der Ausspruch Jaurès fiel bei der Sitzung des I.S.B. Ende Juli in Brüssel.



MANFRIED RAUCHENSTEINER

DER ERSTE WELTKRIEG
UND DAS ENDE DER HABSBURGER-
MONARCHIE 1914–1918

Die Geschichte von der Entfesselung des Ersten Weltkriegs, von der Rolle Kaiser Franz Josefs, vom Verhalten der Nationalitäten der Habsburgermonarchie bis zum Zerfall eines 630-jährigen Reiches liest sich wie ein spannender Roman. Es geht um Politik und Krieg, das Bündnis mit Deutschland, Krieg als Ausnahmezustand und als Normalität. Das Buch, von einem der führenden Historiker Österreichs, ist eine mitteleuropäische Enzyklopädie des Ersten Weltkriegs.

2013. 1222 S. 32 S/W-ABB. UND 2 KARTEN. GB. 170 X 240 MM.
ISBN 978-3-205-78283-4

„Ein epochales Werk.“

Der Spiegel Geschichte

„Das Buch ist ein dicker Wälzer, aber für jeden historisch-politisch Interessierten spannend zu lesen.“

Der Standard

BÖHLAU VERLAG, WIESINGERSTRASSE 1, A-1010 WIEN, T: +43 1 330 24 27-0
INFO@BOEHLAU-VERLAG.COM, WWW.BOEHLAU-VERLAG.COM | WIEN KÖLN WEIMAR



MARKUS BENESCH

**DIE WIENER CHRISTLICHSOZIALE
PARTEI 1910-1934**

 EINE GESCHICHTE DER ZERRISSENHEIT
IN ZEITEN DES UMBRUCHS

Zwischen 1910 und 1934 durchlief Wien einen grundlegenden Wandel. In dieser Zeit wurde aus der bürgerlichen Reichshaupt- und Residenzstadt die politische Bastion der Sozialdemokratie, das sogenannte „Rote Wien“. Im selben Zeitraum änderte sich auch die Position und die politische Rolle der Wiener Christlichsozialen Partei: Aus der ehemaligen Bürgermeisterpartei des Karl Lueger wurde eine kommunale Oppositionspartei, die aber weiterhin eine bedeutende Rolle spielte. In diesem Buch wird die Geschichte der Wiener Christlichsozialen Partei und ihrer handelnden Akteure in einer Phase des Umbruchs beschrieben. Es bietet einen Einblick in die Probleme und Herausforderungen und die Zerissenheit einer Partei zwischen bundespolitischen Notwendigkeiten und landespolitischen Nöten.

 2014. 420 S. 31 S/W-ABB., 68 TAB. U. GRAF. GB. MIT SU. 155 X 235 MM.
ISBN 978-3-205-79475-2

 BÖHLAU VERLAG, WIESINGERSTRASSE 1, A-1010 WIEN, T: +43 1 330 24 27-0
INFO@BOEHLAU-VERLAG.COM, WWW.BOEHLAU-VERLAG.COM | WIEN KÖLN WEIMAR



ERWIN A. SCHMIDL

HABSBURGS JÜDISCHE SOLDATEN

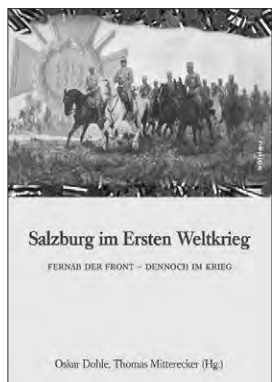
1788–1918

In Österreich wurden Juden erstmals 1788 ins Militär eingezogen. Im Ersten Weltkrieg dienten etwa 300.000 jüdische Soldaten in der k.u.k. Armee. Entgegen dem Klischee vom jüdischen Militärarzt oder Trainsoldaten dienten die meisten Juden in der kämpfenden Truppe. Unter den Berufsoffizieren war ihr Anteil geringer, während fast ein Fünftel aller Reserveoffiziere jüdischer Religion waren. Mehrere jüdische Offiziere erreichten Generalsränge. Obwohl es Benachteiligungen durch traditionelle antijüdische Vorurteile sowie den im 19. Jahrhundert aufkommenden „Rassen-Antisemitismus“ gab, verstand sich die k.u.k. Armee als über den Nationalitäten stehend; ihre Loyalität galt dem Kaiserhaus, nicht einer bestimmten Volksgruppe.

Das vorliegende Buch bietet einen vollständigen, gut lesbaren Überblick über diesen wichtigen Teil sowohl der österreichischen wie der jüdischen Geschichte.

2014. 256 S. 62 S/W-ABB. 12 GRAF. UND 2 KT. GB. MIT SU. 135 X 210 MM.
ISBN 978-3-205-79567-4

BÖHLAU VERLAG, WIESINGERSTRASSE 1, A-1010 WIEN, T: +43 1 330 24 27-0
INFO@BOEHLAU-VERLAG.COM, WWW.BOEHLAU-VERLAG.COM | WIEN KÖLN WEIMAR



OSKAR DOHLE,
THOMAS MITTERECKER (HG.)

SALZBURG IM ERSTEN WELTKRIEG
FERNAB DER FRONT – DENNOCH IM KRIEG
(SCHRIFTENREIHE DES FORSCHUNGS-
INSTITUTES FÜR POLITISCH-HISTORISCHE
STUDIEN DER DR.-WILFRIED-HASLAUER-
BIBLIOTHEK, BAND 48)

Dieser reich illustrierte Sammelband mit bislang unveröffentlichten Abbildungen untersucht die Auswirkungen des Krieges auf die Lebenssituation der Salzburgerinnen und Salzburger abseits einer militärischen „Formationsgeschichte“. Dafür gelang es, namhafte Expertinnen und Experten zur Mitarbeit zu gewinnen. Zentrale Themen sind die Erörterung des Alltags im Krieg, die Rolle der katholischen Kirche, die Veränderungen, die der Krieg im Zeichen „fehlender“ Männer für Frauen brachte, die Untersuchung verschiedener Aspekte der Kriegspropaganda, aber auch eine Analyse der Berichterstattung der lokalen Presse im Sommer 1914. Weitere Themen wie darstellende Kunst, Medizin, Lebensmittelversorgung oder die Frage der Kriegsfinanzierung runden diesen Band ab.

2014. 492 S. 154 FARB- U. S/W-ABB. GB. 210 X 270 MM.
ISBN 978-3-205-79578-0

BÖHLAU VERLAG, WIESINGERSTRASSE 1, A-1010 WIEN, T: +43 1 330 24 27-0
INFO@BOEHLAU-VERLAG.COM, WWW.BOEHLAU-VERLAG.COM | WIEN KÖLN WEIMAR



Der Band stellt die Haltungen der politischen Parteien der Habsburger Monarchie ins Zentrum der Betrachtung: die Widersprüche, in denen sich die Parteien vor und bei Kriegsausbruch befanden, und wie sie ihre Haltungen und Strategien im Verlauf des Krieges änderten. Eingebettet werden diese Betrachtungen in Schilderungen der zeitgenössischen Zivilgesellschaft und kulturhistorische Analysen.



ISBN 978-3-205-79620-6 | WWW.BOEHLAU-VERLAG.COM